

Das Soja-Moratorium zum Schutz des brasilianischen Urwalds läuft Ende des Jahres aus

Abholzen zum Schutz des Regenwalds

Von unserer
Korrespondentin
Regine Reibling,
Itacoatiara

Das Soja-Moratorium zum Schutz des brasilianischen Regenwalds läuft Ende des Jahres aus. Ein neuer Kahlschlag droht. Jetzt soll ausgerechnet selektives Fällen im Rahmen einer nachhaltigen Forstwirtschaft eine Lösung zum Schutz sein. Eine Schweizer Holding geht dabei voran.

Der sogenannte Mund, der die Richtung vorgibt, ist schon fein säuberlich ausgesägt. Noch ein Schlag mit dem Hammer und der Urwaldriese, 80 Jahre alt, 35 Meter hoch und etwa 15 Tonnen schwer, fällt. João da Cruz begutachtet den Stamm: Massaranduba, keine Schäden, keine Hohlräume. Der Stamm hat einen Durchmesser von etwa 90 Zentimetern. „Das gibt rund elf Festmeter Holz“, schätzt er. „Die besten Stücke können wir zwischen 1.000 Euro und 1.200 Euro verkaufen.“ Und gleichzeitig soll die Umwelt geschützt werden.

Schweizer wollen Regenwald schützen

Die Firma Precious Woods fällt Tropenholz in Brasilien und will dadurch den Regenwald schützen. Für Katharina Lehmann, zurzeit leitende Geschäftsführerin und Verwaltungsrat, ist das kein Widerspruch: „Bewirtschafteter Wald ist geschützter Wald“, sagt die Holzexpertin. Sie



Im vergangenen Jahr lag die abgeholzte Fläche bei 5.800 Quadratkilometern

ist Chefin des Schweizer Holzunternehmens Blumer Lehmann und seit sieben Jahren bei Precious Woods. Die Schweizer Holding ist auf nachhaltige Forstwirtschaft in den Tropen spezialisiert und seit 1996 in Brasilien aktiv. In der Nähe der Stadt Itacoatiara, rund 250 Kilometer östlich von Manaus im Bundesstaat Amazonas, bewirtschaftet die Firma 506.637 Hektar Regenwald – nach FSC-Kriterien, wie Katharina Lehmann betont.

FSC, Forest Stewardship Council, wurde 1993 als internationales Siegel für nachhaltige Waldwirtschaft ins Leben gerufen. Bei der Zertifizierung werden nicht nur ökologische, sondern auch soziale und ökonomische Aspekte der Waldwirtschaft bewertet. Der WWF erkennt das Siegel an. Greenpeace dagegen

bemängelt unter anderem, dass es auch in Ländern mit hoher Korruption vergeben wird.

Erneuter Kahlschlag droht

Rund 160.000 Festmeter Tropenholz erntet Precious Woods jedes Jahr. Das sind durchschnittlich rund 17 Kubikmeter pro Hektar und entspricht etwa drei Stämmen pro Hektar, die einzeln herausgeholt werden. Die staatliche Obergrenze liegt bei 22 Kubikmetern pro Hektar. Beim Fällen gebe es Schäden, sagt da Cruz, Geschäftsführer von Precious Woods in Brasilien. Der Schaden soll aber so gering wie möglich gehalten werden. Ziel sei es, den Regenwald intakt zu halten und

trotzdem eine Wertschöpfungskette zu schaffen, sagt Lehmann. Vor allem für Sojaplantagen und Rinderfarmen wird in Brasilien großflächig abgeholzt – meist illegal. Noch gibt es das sogenannte Soja-Moratorium, das den Export von Soja aus dem Amazonas boykottiert. Doch diese Vereinbarung zwischen der brasilianischen Regierung, dem Verband der Ölsaatenhändler und Umweltschutzorganisationen läuft Ende des Jahres aus. Der Verband der Ölsaatenhändler hatte im Januar seinen Ausstieg angekündigt. Illegale Rodungen könnten wieder zunehmen. Der WWF schätzt, dass in Brasilien rund 80 Prozent illegal abgeholzt werden. Bis 2012 ist die Zerstörung des Regenwalds nach Angaben des Umweltministeriums zurückgegangen. 2004 wurden

noch 28.000 Quadratkilometer Fläche abgeholzt. 2012 waren es nur 4.600 Quadratkilometer. Im vergangenen Jahr ist die abgeholzte Fläche aber wieder gestiegen, auf 5.800 Quadratkilometer. Bei Precious Woods lässt sich jeder Stamm verfolgen. Rund 55 Prozent des Schnittholzes sind für den Export bestimmt, der Rest wird auf dem lokalen Markt gehandelt. Was vom Stamm übrig bleibt, wird im Kraftwerk auf dem Firmengelände verbrannt und erzeugt Strom. Seit 2002 gibt es dafür Unterstützung von myclimate. Die Schweizer Stiftung unterstützt Maßnahmen zur Verringerung des CO₂-Verbrauchs. Dabei kann jedermann mitmachen: myclimate verkauft Zertifikate, mit denen Unternehmen und Private ihren CO₂-Ausstoß kompensieren können.

Wütende Reaktionen von Senatoren und Bürgerrechtlern

CIA soll Mitarbeiter des Senats ausgespäht haben

Der US-Auslandsgeheimdienst CIA steht im Verdacht, Mitarbeiter des Geheimdienstauschusses im Senat ausgespäht zu haben.

Die demokratische Senatorin und Ausschussvorsitzende Diane Feinstein bestätigte am Mittwochabend entsprechende Medienberichte und erklärte, die CIA prüfe die Angelegenheit in einer internen Untersuchung. Senatoren und Bürgerrechtler reagierten erobst und warnten vor einer Bedrohung der Gewaltenteilung.

„Klare Gewaltenteilung“

Der *New York Times* zufolge klinkte sich der Geheimdienst in das Computernetzwerk des US-Senats ein. Dort überwachte er demnach Mitarbeiter, die über Jahre zur Misshandlung von Terrorverdächtigen in Geheimgefängnissen der CIA recherchierten und an einem Gutachten schrieben. Der 6.000 Seiten starke Bericht, der im Dezember 2012 vom Geheimdienstauschuss angenommen wurde, geht mit der CIA hart ins Gericht. Feinstein hatte damals über die Einrichtung der geheimen Gefängnisse berichtet. Sie erklärte zudem, dass der Einsatz mancher Verhörmethoden wie etwa das sogenannte Waterboarding ein



Foto: AFP/Tim Sloan

Der US-Geheimdienst klinkte sich in das Computernetzwerk des US-Senats ein

„schrecklicher Fehler“ gewesen sei. Beim Waterboarding wird das Ertrinken simuliert. Menschenrechtsaktivisten stufen die Technik als Folter ein. CIA-Chef John Brennan verteidigte seinen Geheimdienst und sprach von „falschen Anschuldigungen“. Er sei „zutiefst bestürzt“, dass einige Senatoren Aktionen der CIA kritisierten, die von den Fakten nicht gedeckt seien, erklärte er knapp. Er sei „sehr zuversichtlich“, dass die zuständigen Behörden herausfinden würden, ob und inwieweit es Verfehlungen bei der Exekutive oder der Legislative gegeben habe. Der US-Mediengruppe McClatchy zufolge wurde in der Sache auch schon das Jus-

tizministerium eingeschaltet. Im Senat selbst sorgte die Überwachung durch den Geheimdienst für Empörung. „In einer Demokratie darf das nicht passieren“, sagte etwa der republikanische Senator John McCain. „Es gibt eine klare Gewaltenteilung.“ Sein demokratischer Kollege Mark Udall schrieb laut *New York Times* einen Beschwerdebrief an Präsident Barack Obama. Das „beispiellose“ Vorgehen der CIA sei „unglaublich beunruhigend“, beklagte er sich. CIA-Chef Brennan forderte seinerseits die Senatoren auf, sich mit öffentlichen Kommentaren zurückzuhalten, solange die Untersuchung dazu laufe.

En vigueur depuis la révolution de 2011

La Tunisie lève l'état d'urgence

L'état d'urgence en vigueur en Tunisie depuis la révolution de janvier 2011 a été levé avec près de quatre mois d'avance, alors que le pays émerge tout juste d'une année mouvementée marquée par des violences attribuées aux jihadistes.

„Le président de la République et commandant en chef des forces armées Moncef Marzouki a promulgué un décret ordonnant la levée de l'état d'urgence sur tout le territoire tunisien à partir du mercredi 5 mars 2014“, a annoncé hier la présidence dans un communiqué. M. Marzouki ayant annoncé en novembre le prolongement de cette mesure d'exception de huit mois, jusqu'à fin juin 2014, la fin de l'état d'urgence intervient donc avec près de quatre mois d'avance. „La levée de l'état d'urgence ne limite pas les capacités des services de sécurité chargés d'appliquer la loi et n'empêche pas de demander l'appui des forces militaires en cas de besoin“, a poursuivi la présidence. Elle „n'introduit pas de modification dans l'application des lois et des mesures en place dans le pays, y compris celles concernant les zones d'opérations militaires et les zones frontalières tampon“, a-t-elle expliqué. La présidence fait référence à des zones militaires spéciales mises en place en 2013 notamment aux frontières avec l'Algérie et la Libye, où des groupes armés liés à la mouvance jihadiste et des trafiquants d'armes sont actifs selon les autorités.

Entré en vigueur en janvier 2011, juste après la fuite du président Zine el-Abidine Ben Ali chassé du pouvoir par un soulè-

vement qui avait lancé le Printemps arabe, l'état d'urgence avait sans cesse été prolongé depuis. Il accorde des pouvoirs d'exception à la police et à l'armée. Des unités militaires gardent les bâtiments stratégiques mais aussi des lieux publics, tels que des centres commerciaux.

Vers des mesures plus ciblées

Haykel Ben Mahfoudh, un expert en sécurité et affaires militaires, a estimé que la levée d'un état d'urgence caduc à ses yeux préparait le terrain à la prise de mesures plus adaptées à la situation actuelle. „L'état d'urgence est pour les situations d'extrême instabilité, soit lorsqu'il y a un péril imminent pour les institutions de l'Etat, soit lorsqu'il y a un soulèvement populaire“, a-t-il dit à l'AFP. Or, „sur le plan social, avec le début d'une sortie de crise politique, les conditions sécuritaires s'améliorent. Sur le danger terroriste, on arrive à plus ou moins cerner la menace, sa provenance, et ses liens avec le crime organisé“, a-t-il jugé. „Cette situation exige des mesures plus opérationnelles qu'un état d'urgence qui est en fait une restriction des droits, des libertés, de la circulation des personnes et des biens“, a-t-il ajouté. Selon lui, l'armée est „épuisée“ de devoir mener des opérations de maintien de l'ordre, et va pouvoir désormais agir en vertu de „mesures plus ciblées et plus adaptées“ dans le cadre des opérations de lutte contre les groupes armés notamment.